

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947

96 (14.8.1947)

Aussicht auf mehr Fische

Stockholm, 13. Aug. (AP). Die gemeinsame britisch-amerikanische Handelsmission, die zu Verhandlungen über schwedische Fischlieferungen in die BI-Zone Deutschlands in Stockholm weilte, ist in Schweden zu großem Verständnis für die deutschen Probleme gestanden. Die Delegation ist bemüht, die Handelskanäle zwischen den nord-europäischen Ländern und den alten Märkten in der anglo-amerikanischen Zone Deutschlands wieder zu öffnen.

Suchanträge für Vermißte

Düsseldorf, 13. Aug. (Dena). Die Suchanträge nach Vermißten Deutschen sind in dieser Form (nicht hergeleitete Postkarten) mit genauen Angaben der Personennamen der Suchenden und der gesuchten Personen einschließlich aller Hinweise, die zur Nachforschung dienlich sein können, zu richten an: Suchdienst für Vermißte Deutsche in der sowjetischen Besatzungszone, Berlin W 9, Kanonenstraße 35. Die Gebühr für jeden Suchantrag beträgt 2 Mark, die auf das Postcheckkonto Hamburg 22 244 der obigen Adresse einzuzahlen sind. Der Postcheckabschnitt ist dem Antrag beizufügen.

Das britische Unterhaus stimmt dem geplanten „Ermächtigungsgesetz“ zu

London, 12. Aug. (Dena-Reuter). Die von Winston Churchill geleitete Opposition brach am 11. August während der Debatte über das von der Regierung eingebrachte „Ermächtigungsgesetz“ mehrere Abänderungsvorschläge zu dem Gesetzen zurück. Ein Antrag wurde mit 249 gegen 125 Stimmen abgelehnt.

Im Verlauf der Debatte wandte sich Churchill vor allem gegen die Zwangsverpflichtung von Arbeitskräften für die Industrie. Die Regierung habe bereits durch ein noch zu beschließendes Gesetz die Arbeitskraft, solche Maßnahmen durchzuführen. Sir Hartley Shawcross entgegnete, die Befugnisse der Regierung sollten durch dieses Gesetz nicht erweitert werden, da sie in der Tat bereits sehr weitreichend seien.

Die Regierung habe bereits durch ein noch zu beschließendes Gesetz die Arbeitskraft, solche Maßnahmen durchzuführen. Sir Hartley Shawcross entgegnete, die Befugnisse der Regierung sollten durch dieses Gesetz nicht erweitert werden, da sie in der Tat bereits sehr weitreichend seien.

Die Regierung habe bereits durch ein noch zu beschließendes Gesetz die Arbeitskraft, solche Maßnahmen durchzuführen. Sir Hartley Shawcross entgegnete, die Befugnisse der Regierung sollten durch dieses Gesetz nicht erweitert werden, da sie in der Tat bereits sehr weitreichend seien.

Die Regierung habe bereits durch ein noch zu beschließendes Gesetz die Arbeitskraft, solche Maßnahmen durchzuführen. Sir Hartley Shawcross entgegnete, die Befugnisse der Regierung sollten durch dieses Gesetz nicht erweitert werden, da sie in der Tat bereits sehr weitreichend seien.

Die Regierung habe bereits durch ein noch zu beschließendes Gesetz die Arbeitskraft, solche Maßnahmen durchzuführen. Sir Hartley Shawcross entgegnete, die Befugnisse der Regierung sollten durch dieses Gesetz nicht erweitert werden, da sie in der Tat bereits sehr weitreichend seien.

Die Regierung habe bereits durch ein noch zu beschließendes Gesetz die Arbeitskraft, solche Maßnahmen durchzuführen. Sir Hartley Shawcross entgegnete, die Befugnisse der Regierung sollten durch dieses Gesetz nicht erweitert werden, da sie in der Tat bereits sehr weitreichend seien.

Die Regierung habe bereits durch ein noch zu beschließendes Gesetz die Arbeitskraft, solche Maßnahmen durchzuführen. Sir Hartley Shawcross entgegnete, die Befugnisse der Regierung sollten durch dieses Gesetz nicht erweitert werden, da sie in der Tat bereits sehr weitreichend seien.

Die Regierung habe bereits durch ein noch zu beschließendes Gesetz die Arbeitskraft, solche Maßnahmen durchzuführen. Sir Hartley Shawcross entgegnete, die Befugnisse der Regierung sollten durch dieses Gesetz nicht erweitert werden, da sie in der Tat bereits sehr weitreichend seien.

Die Regierung habe bereits durch ein noch zu beschließendes Gesetz die Arbeitskraft, solche Maßnahmen durchzuführen. Sir Hartley Shawcross entgegnete, die Befugnisse der Regierung sollten durch dieses Gesetz nicht erweitert werden, da sie in der Tat bereits sehr weitreichend seien.

Die Regierung habe bereits durch ein noch zu beschließendes Gesetz die Arbeitskraft, solche Maßnahmen durchzuführen. Sir Hartley Shawcross entgegnete, die Befugnisse der Regierung sollten durch dieses Gesetz nicht erweitert werden, da sie in der Tat bereits sehr weitreichend seien.

Die Regierung habe bereits durch ein noch zu beschließendes Gesetz die Arbeitskraft, solche Maßnahmen durchzuführen. Sir Hartley Shawcross entgegnete, die Befugnisse der Regierung sollten durch dieses Gesetz nicht erweitert werden, da sie in der Tat bereits sehr weitreichend seien.

Die Regierung habe bereits durch ein noch zu beschließendes Gesetz die Arbeitskraft, solche Maßnahmen durchzuführen. Sir Hartley Shawcross entgegnete, die Befugnisse der Regierung sollten durch dieses Gesetz nicht erweitert werden, da sie in der Tat bereits sehr weitreichend seien.

Die Regierung habe bereits durch ein noch zu beschließendes Gesetz die Arbeitskraft, solche Maßnahmen durchzuführen. Sir Hartley Shawcross entgegnete, die Befugnisse der Regierung sollten durch dieses Gesetz nicht erweitert werden, da sie in der Tat bereits sehr weitreichend seien.

Die Regierung habe bereits durch ein noch zu beschließendes Gesetz die Arbeitskraft, solche Maßnahmen durchzuführen. Sir Hartley Shawcross entgegnete, die Befugnisse der Regierung sollten durch dieses Gesetz nicht erweitert werden, da sie in der Tat bereits sehr weitreichend seien.

Die Regierung habe bereits durch ein noch zu beschließendes Gesetz die Arbeitskraft, solche Maßnahmen durchzuführen. Sir Hartley Shawcross entgegnete, die Befugnisse der Regierung sollten durch dieses Gesetz nicht erweitert werden, da sie in der Tat bereits sehr weitreichend seien.

Die Regierung habe bereits durch ein noch zu beschließendes Gesetz die Arbeitskraft, solche Maßnahmen durchzuführen. Sir Hartley Shawcross entgegnete, die Befugnisse der Regierung sollten durch dieses Gesetz nicht erweitert werden, da sie in der Tat bereits sehr weitreichend seien.

Die Regierung habe bereits durch ein noch zu beschließendes Gesetz die Arbeitskraft, solche Maßnahmen durchzuführen. Sir Hartley Shawcross entgegnete, die Befugnisse der Regierung sollten durch dieses Gesetz nicht erweitert werden, da sie in der Tat bereits sehr weitreichend seien.

Die Regierung habe bereits durch ein noch zu beschließendes Gesetz die Arbeitskraft, solche Maßnahmen durchzuführen. Sir Hartley Shawcross entgegnete, die Befugnisse der Regierung sollten durch dieses Gesetz nicht erweitert werden, da sie in der Tat bereits sehr weitreichend seien.

Die Regierung habe bereits durch ein noch zu beschließendes Gesetz die Arbeitskraft, solche Maßnahmen durchzuführen. Sir Hartley Shawcross entgegnete, die Befugnisse der Regierung sollten durch dieses Gesetz nicht erweitert werden, da sie in der Tat bereits sehr weitreichend seien.

Die Regierung habe bereits durch ein noch zu beschließendes Gesetz die Arbeitskraft, solche Maßnahmen durchzuführen. Sir Hartley Shawcross entgegnete, die Befugnisse der Regierung sollten durch dieses Gesetz nicht erweitert werden, da sie in der Tat bereits sehr weitreichend seien.

Die Regierung habe bereits durch ein noch zu beschließendes Gesetz die Arbeitskraft, solche Maßnahmen durchzuführen. Sir Hartley Shawcross entgegnete, die Befugnisse der Regierung sollten durch dieses Gesetz nicht erweitert werden, da sie in der Tat bereits sehr weitreichend seien.

Die Regierung habe bereits durch ein noch zu beschließendes Gesetz die Arbeitskraft, solche Maßnahmen durchzuführen. Sir Hartley Shawcross entgegnete, die Befugnisse der Regierung sollten durch dieses Gesetz nicht erweitert werden, da sie in der Tat bereits sehr weitreichend seien.

Die Regierung habe bereits durch ein noch zu beschließendes Gesetz die Arbeitskraft, solche Maßnahmen durchzuführen. Sir Hartley Shawcross entgegnete, die Befugnisse der Regierung sollten durch dieses Gesetz nicht erweitert werden, da sie in der Tat bereits sehr weitreichend seien.

Verlag: Badendruck GmbH, Karlsruhe, Lammstr. 1b-4, Tel. 461/73

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Karlsruhe, Donnerstag, 14. August 1947
Monatlicher Bezugspreis RM 2,50
Postbezug RM 2,60 zuzüglich Bestellgebühr

Vierzonenkonferenz auch in Österreich

Eine 24stündige Zusammenkunft der Landeshauptmänner mit den Gewerkschafts- und Parteiführern der amerikanischen, britischen, russischen und französischen Besatzungszonen Österreichs in Wien gab die gemeinsame Erörterung der gegenwärtigen Wirtschaftsprobleme Österreichs, voran der Hauptfrage: „Wie kann die österreichische Bevölkerung den kommenden Winter überstehen?“

Die Landeshauptmänner, Gewerkschafts- und Parteiführer arbeiteten auf Grund der Fachreferate und Resolutionen aller Länder folgendes „Acht-Punkteprogramm“ aus, das eine Delegation von Gewerkschaftsrepräsentanten, Vizepräsident Fiala, Nationalrat Krieh, Minister Altenburger unter Führung von Bundeskanzler Figl dem Alliierten Rat zur Stellungnahme unterbreitete:

1. Abschaffung aller Zonenengrenzen und Verkehrsbeschränkungen, Beseitigung der Zensur, Rückgabe der Radiostationen an Österreich. 2. Bereitstellung von Lebensmitteln, um den 1.500 Kalorienetats bis zur kommenden Ernte zu halten, Verbesserung dieses Satzes nach der Ernte auf 2000 Kalorien unter Berücksichtigung der Bergleute. 3. Beschaffung von Rohstoffen, besonders Kohle. 4. Freies und ausschließliches Verfügungsrecht über die gesamte landwirtschaftliche und industrielle Produktion Österreichs; solange große Mengen dieser Produktion von alliierten Besatzungsbehörden beansprucht werden, kann die österreichische Wirtschaft nicht gesund sein. 5. Währungsreform. Zur Vermeidung der Inflation müssen sofort Preise und Löhne stabilisiert werden. Voraussetzung dafür ist Reform der österreichischen Währung. 6. Währungsreform. Zur Vermeidung der Inflation müssen sofort Preise und Löhne stabilisiert werden. Voraussetzung dafür ist Reform der österreichischen Währung. 7. Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit für österreichische Staatsbürger mit Ausnahme von Vergehen gegen die Besatzungsmächte, gesetzliche Festlegung aller Besatzungsbefugnisse und Beschränkung der Befugnisse der Militärbehörden auf Angehörige der alliierten Mächte, entsprechende Bewaffnung der österreichischen Polizei. Schnellste Evakuierung aller „DPs“ — bis zu ihrem Abtransport Unterstellung unter österreichische Gerichtsbarkeit. 8. Herabsetzung der Besatzungskosten auf die tatsächliche Leistungshöhe der österreichischen Wirtschaft (Haager Landkriegsordnung Artikel 52). Freigabe aller nicht tatsächlich belegten Wohnräume und Unterliehen neuer Belegungen.

Die Hochkommissare der Alliierten stellten der Delegation zwar Fragen, jedoch kam es nicht zu den erwarteten Aussprüchen. US-Hochkommissar General Keyser sicherte zu, daß er sich mit dem Programm befassen und seine Stellungnahme dem Rat mitteilen werde. Die USA würden die Vorschläge grundsätzlich unterstützen. Der russische Hochkommissar bewiderte, mehrere der Forderungen könnten von Österreich selbst erfüllt werden, worauf Präsident Böhm an Hand des Währungsproblems die Unmöglichkeit einer österreichischen Selbsthilfe nachwies. Der englische Hochkommissar stellte fest, das Programm zwar bedeutungsvoll sei, Österreich aber selbst noch nicht alles getan habe, um seine schwierige Lage zu überwinden.

Die Sprecher des Alliierten Rats erklärten darauf, daß die Stellungnahme des Rates schriftlich zu einem späteren Zeitpunkt den Ländern mitgeteilt würde. (Eigenbericht unseres österreichischen St-Korrespondenten.)

In wessen Interesse?

Der schwer steuergeschöpfte Lohn- oder Gehaltsempfänger (Steuerbelastung in Württemberg-Baden je Kopf jährlich rd. 400.— RM!) ist vielfach nicht mehr in der Lage, das Wenige zu kaufen, was dem Normalverbraucher zusteht. Ihm gilt es nicht genug. Dem Vermögenden, dem keineswegs ausgestorbene Kapitalisten, dem Schwarzhändler und Schieber, der Geldüberfluß hat, gilt es immer weniger. Er wechselt es darum in „Schwarte“, die dem gewöhnlichen Sterblichen unerschwinglich geworden sind. Das ganze nennt man wirtschaftlich-sachlich „Entgleiten“ von Produktion und Verteilung“ aus der Kontrolle der Behörden. Die Produktion geht so in erheblichem Maße verloren, die die sie am allerwenigsten brauchen, denen sie zur Bereicherung dient. Die sie aber dringend benötigen, sind zu einem großen Teil nicht mehr fähig zu kaufen. Dafür aber trägt der Lohn- und Gehaltsempfänger ein schweres Sterbelaster, den erdrückenden Steuern. In wessen Interesse liegt es, sich einer Währungsreform zu widersetzen? Bei denen, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen sich durch „Schwarte“ ihr Vermögenseinkommen nicht zu schützen wissen, sondern sogar Gewinner sind? Oder bei denen etwa, die wachsendem Verfall ihrer Arbeitskraft und Aufzehrung ihres bescheidenen Besitzes ausgesetzt sind? Die Produktion muß in ein gesundes Verhältnis zu dem gewöhnlichen Sterblichen gebracht werden. Gegenwärtig verhält es sich schätzungsweise wie folgt: Glaubt jemand, daß in absehbarer Zeit die Gütererzeugung verzeichnet werden kann? Das ist unmöglich. Aber der Geldumlauf kann ein wenig durch die Anstrengung einigermassen der Erzeugung angepaßt, das Geld damit wieder zum realen Wert gemacht werden. Dann erst kann eine gesunde Produktionsentwicklung einsetzen. Wer predigt, daß erst die Produktion verdroppt, ist verwerflich. Wer predigt, daß die Produktion verdroppt, ist verwerflich. Wer predigt, daß die Produktion verdroppt, ist verwerflich.

Die Kosten des Krieges

Nach einer von der „Abendpost“, Hannover, wiedergegebenen Berechnung der Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel belaufen sich die Verluste des Krieges auf 238 Milliarden Pfund Sterling. Legt man die Goldbasis zugrunde und setzt ein Pfund Sterling mit 20 Goldmark an, steht vor der Welt aus dem Hitlerkrieg als Erbschaft an materiellen Verlusten die Summe von 4760 Milliarden Goldmark. Verteilt man diesen Verlust auf den Kopf der kriegführenden Völker, so ist jeder mit 6000 Goldmark belastet, Deutschland hat allein für den Krieg 500 Milliarden Goldmark ausgegeben.

Drei neue Gesetze genehmigt

Stuttgart, 13. Aug. (Dena). Drei Gesetze zur Beseitigung der letzten Reste nationalsozialistischen Einflusses auf dem Gebiet der Rechtspflege, die der Länderrat zur Genehmigung beantragt hatte, wurden wie die Pressestelle des Länderrats mitteilte, am 7. August von der US-Militärregierung genehmigt. Es handelt sich dabei um ein Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Bereinigung alter Schulden, ferner um ein Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über die Mitwirkung des Staatsanwalts in bürgerlichen Rechtssachen und um ein Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Verhütung mißbräuchlicher Ausnutzung von Vollstreckungsmöglichkeiten.

Die Ruhrkohlebesprechungen in Washington sind eröffnet

„Ruhr das Grundelement für Lösung anderer Fragen“ - Produktion auf 300000 t täglich

Washington, 13. Aug. (Dena-INS). Die Washingtoner Besprechungen über die Erhöhung der Ruhrkohleproduktion wurden am Dienstag unter Teilnahme von 24 amerikanischen und acht britischen Delegierten eröffnet. Die Leiter der beiden Delegationen, Sir William Strang (Großbritannien) und Unterstaatssekretär Willard Thorp (USA), erklärten Pressevertretern gegenüber, daß die Arbeiten zur Aufstellung von Plänen für die Erhöhung der deutschen Kohlenproduktion sofort in Angriff genommen würden. Thorp sagte, die endgültige Lösung des Ruhrproblems stehe offensichtlich mit einer großen Anzahl anderer Probleme in dem gesamten Wiederaufbau Europas im Zusammenhang. Die Ruhr sei das Grundelement für die Lösung anderer Fragen. Sir William erklärte, die Ruhr ist der Ausgangspunkt und unsere Arbeiten können anderen Staaten helfen, ihre Probleme zu lösen.

Willard Thorp betonte die Dringlichkeit, Maßnahmen zur Erhöhung der Ruhrkohlenproduktion zu ergreifen und sagte, daß die Konferenz voraussichtlich mehrere Wochen dauern werde. Sir William Strang und Willard Thorp gaben anschließend gemeinsam bekannt, daß zwischen ihnen über die technischen Fragen einer Erhöhung der deutschen Kohlenproduktion auf über 300000 t täglich vollständige Übereinstimmung herrsche. Die britische und amerikanische Delegation berichteten am Mittwoch über gute Fortschritte im Hinblick auf die technischen Pläne zur Erhöhung der Ruhrkohlenproduktion. Die fundamentale Frage, ob die Gruben im Ruhrgebiet verstaatlicht oder nicht verstaatlicht werden sollen, muß, wie in diplomatischen Kreisen in Washington im Einzelnen erklärt wird, von höherer Stelle entschieden werden. Die gleichfalls wichtigen Fragen einer Koppelung der deutschen Kohle- und Stahlproduktion sowie des Marshall-Plans zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Westeuropas könnten nur von einer Dreimächte-Konferenz britischer, französischer und amerikanischer Delegierter geregelt werden. In der Zwischenzeit orientierten die Delegierten bei der Ruhrkohle-Konferenz in Washington in Einzelheiten die Fragen einer erhöhten Benennmittellieferung für deutsche Grubenarbeiter, Verbesserung ihrer Wohnverhältnisse und technische Fragen zur Erhöhung der Kohleförderung. Ferner wurde das Transportproblem der Kohle von Ostpreußen nach dem Verbraucher diskutiert.

Welches Industrienniveau soll Deutschland zugestanden werden? Von der Antwort auf diese Frage hänge von großen Teil der Wiederaufbau Deutschlands ab und damit der Geldbedarf, den die Besatzungsmächte zur Unterstützung Deutschlands ausgeben müssen und in nicht geringem Maße die Größe des Beitrages, den Deutschland bei der Durchführung des Marshall-Plans leisten kann. Man habe jetzt erkannt, daß die Festlegung des deutschen Industrie-Niveaus mit Frankreich geregelt werden müsse. Ohne eine Verständigung über die Frage der Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion müsse die gegenwärtige Verteilung Deutschlands, durch den Verlauf der Ereignisse herbeigeführt, als vollendet betrachtet werden.

Sowjetzone gegen Ruhranhleihe
Berlin, 13. August (Dena). Gegen die Gewährung einer Auslandsanleihe für den Ruhrbergbau wendeten sich über fünfzig der politisch einflussreichsten Persönlichkeiten der Sowjetzone in einem Aufruf, den das Zentralorgan der SED „Neues Deutschland“ am Mittwoch veröffentlichte. Eine Forderung der Aufrufgeber sei nur durch einen gesamtdeutschen Plan möglich, heißt es in dem Aufruf. Die Gewährung einer ausländischen Anleihe für den Ruhrbergbau wird als eine große Gefahr für Deutschland bezeichnet. Sie entspreche dem deutschen Volk das Bestimmungsrecht über sein kostbares Industrievermögen.

Akkord-Gutscheine für Bergleute
Berlin, 13. Aug. (AP). Die britisch-amerikanischen Behörden kündigten am 8. d. M. die Einrichtung eines Gutschein-Verfahrens für Ruhrbergleute als Ansporn zu erhöhten Förderleistungen an. Danach sollen für bestimmte Prozentsätze der Erlöse aus dem Kohlenexport in europäischen Ländern hochwertige Lebensmittel und Konsumgüter gekauft werden. Der hierfür notwendige Fonds soll dadurch gebildet werden, daß mit einem Satz von 10 Cents pro Tonne bei einer täglichen Förderung von 225 000 Tonnen begonnen wird, der sich bei Erreichen einer Tagesförderung von 225 000 Tonnen auf 21 Cents pro Tonne steigert.

Säuberung sowjet. Verwaltung
London, 13. Aug. (Dena-Reuter). Eine im Gang befindliche Umbesetzung der höheren Verwaltungsstellen in der sowjetischen Zone Deutschlands meldet die Londoner Zeitung „News Chronicle“ am 13. d. Mts.

Deutschland muß bezahlen
Wiesbaden, 13. Aug. (Dena). Das amerikanische Kraftfahrzeugmaterial, das der deutschen Wirtschaft zur beschleunigten Einbringung der Ernte sowie zum Transport von lebenswichtigen Gütern zur Verfügung gestellt wird, muß aus dem deutschen Exporterlös bezahlt werden, erklärte am 11. August Mr. Charles R. Jackson, der Leiter des neu errichteten Amtes zur Übertragung von Kraftfahrzeugmaterial aus US-Heeresbeständen an die deutsche Wirtschaft unter dem Namen „Verkauf“. Die Zahlung muß jedoch nicht sofort sondern erst im Laufe der nächsten Jahre erfolgen.

Holländer beschlagnahmen Rohstoffe
Batavia, 13. Aug. (Dena-INS). Die holländische Armee beschlagnahmte am Montag neunzigtausend Tonnen Zuckersäcke und beträchtliche Mengen Kapok, Tapioka, Pfeffer und Teak wurde von den Holländern in Schiffe beschlagnahmt, die anschließend auf dem Meer verladen wurden, um durch die holländische Blockade nach Singapur zu entkommen. Trotz dieser Blockade blüht, wie erklärt wurde, der Schmuggel von Produkten aus in ausländischer Hand befindlichen Anlagen nach Singapur.

Indonesischer Überfall auf brit. Konsul
Batavia, 13. Aug. (AP). Drei britische diplomatische Vertreter und ein holländischer Zivilist wehrten am Sonntag in einem Ausfallsort einhundert Kilometer südwestlich von Batavia neunzig Minuten lang einen Angriff von 30 indonesischen Extremisten ab.

Angelobter vorläufiger Regierung
Den Haag, 13. Aug. (Dena-Reuter). Die holländische Regierung gab am Dienstag offiziell bekannt, daß sie die sofortige Bildung einer vorläufigen Bundes-Regierung für Indonesien angeboten habe, in der Vertreter aller indonesischen Gruppen zusammenarbeiten sollen. Dieser Schritt solle die Bereitschaft der holländischen Regierung beweisen, einen souveränen, demokratischen und föderativen indonesischen Staat zu schaffen.

Sicherheitsrat stimmt für Zulassung
New York, 13. Aug. (Dena-Reuter). Die Zulassung indonesischer Vertreter bei der Erörterung des indonesienstreitigen im Welticherheitsrat wurde am Montag mit acht gegen drei Stimmen angenommen. Großbritannien, Belgien und Frankreich stimmten dagegen.

Europabericht am 1. September fertig
Unter Ausschüsse schlossen ihre Arbeit ab — Bedürfnisse Europas festgestellt
Paris, 13. Aug. (Dena-INS). Der Vorsitzende des Lenkungs Ausschusses der Pariser Konferenz, Sir Oliver Franks, gab am Dienstag bekannt, daß der Ausschuss die letzten Berichten der teilnehmenden Nationen aufgestellt habe und die Bedürfnisse und die zum Wiederaufbau Europas zur Verfügung stehenden Beiträge zur Übermittlung an die amerikanische Regierung am 1. September fertiggestellt sein werde.

Erneute Besprechungen über Marshall-Hilfe begonnen
Paris, 13. Aug. (Dena-INS). Die amerikanisch-seitig geführten Besprechungen über die wirtschaftlichen Bedürfnisse Europas im Zusammenhang mit dem Marshall-Plan und dem Frage, wie Europa den kommenden Winter ohne überdrückende Hilfe überstehen wird, wurden nach fünfjähriger Unterbrechung am Dienstag in Paris wieder aufgenommen.

Unterredung Trumans mit Marshall
Bad Nauheim, 13. Aug. (Dena). Präsident Harry S. Truman führte am Montag Besprechungen mit dem Berater seines Kabinetts über die Wirtschaftskrise Großbritanniens und die Schwierigkeiten in Europa. Er hatte eine halbstündige Unterredung mit Außenminister George C. Marshall und konferierte später mit dem amerikanischen Finanzminister John L. Snyder.

Die Schweiz beim Wiederaufbau Europas
Bern, 13. Aug. (Dena-Reuter). Ein Sprecher der schweizerischen Regierung erklärte am Montag, obwohl die Schweiz bereit sei, weiterhin ihr Außerstes für den Wiederaufbau Europas beizutragen, sei es für sie wichtig, ihre volle Selbständigkeit besonders auf finanziellern Gebiet beizubehalten. Die Schweiz werde sich nicht an der Finanzierung des Wiederaufbaus beteiligen.

Anglo-ägyptische Streitfrage wird vor dem Weltsicherheitsrat diskutiert
New York, 13. Aug. (Dena-Reuter). Der ägyptische Premierminister Nokrasschy Pascha ging am 11. August bei der zweiten Debatte des Weltsicherheitsrates über die anglo-ägyptische Streitfrage auf die Ausführungen des bisherigen UN-Delegierten Sir Alexander Cadogan ein und erklärte in einer in äußerst scharfem Ton gehaltenen Rede, die Entwicklung Ägyptens würde ungenutzt ihren Fortgang genommen haben, wenn Großbritannien das Land nicht besetzt hätte. Die Unterstützung der Alliierten durch Ägypten und nicht der Vertrag von 1936 sowie die militärische Besetzung Ägyptens habe bei dem alliierten Sieg im Nahen Osten eine Rolle gespielt. Auf die Lage im Sudan eingehend, sagte Nokrasschy Pascha, daß das Gebiet in Wirklichkeit von London aus regiert und dort eine Verwaltung aufrechterhalten werde, die eine vollständige Militärautokratie sei. Ägypten betrachte die Beziehungen zwischen den beiden Völkern des Nils als eine innere Angelegenheit, die von den Ägyptern und den Sudanern geregelt werden solle.

Sir Alexander Cadogan bezeichnete die Erklärung Nokrasschy Paschas, Großbritannien habe Europa gegen die Unabhängigkeit

Europabericht am 1. September fertig
Unter Ausschüsse schlossen ihre Arbeit ab — Bedürfnisse Europas festgestellt
Paris, 13. Aug. (Dena-INS). Der Vorsitzende des Lenkungs Ausschusses der Pariser Konferenz, Sir Oliver Franks, gab am Dienstag bekannt, daß der Ausschuss die letzten Berichten der teilnehmenden Nationen aufgestellt habe und die Bedürfnisse und die zum Wiederaufbau Europas zur Verfügung stehenden Beiträge zur Übermittlung an die amerikanische Regierung am 1. September fertiggestellt sein werde.

Erneute Besprechungen über Marshall-Hilfe begonnen
Paris, 13. Aug. (Dena-INS). Die amerikanisch-seitig geführten Besprechungen über die wirtschaftlichen Bedürfnisse Europas im Zusammenhang mit dem Marshall-Plan und dem Frage, wie Europa den kommenden Winter ohne überdrückende Hilfe überstehen wird, wurden nach fünfjähriger Unterbrechung am Dienstag in Paris wieder aufgenommen.

Unterredung Trumans mit Marshall
Bad Nauheim, 13. Aug. (Dena). Präsident Harry S. Truman führte am Montag Besprechungen mit dem Berater seines Kabinetts über die Wirtschaftskrise Großbritanniens und die Schwierigkeiten in Europa. Er hatte eine halbstündige Unterredung mit Außenminister George C. Marshall und konferierte später mit dem amerikanischen Finanzminister John L. Snyder.

Die Schweiz beim Wiederaufbau Europas
Bern, 13. Aug. (Dena-Reuter). Ein Sprecher der schweizerischen Regierung erklärte am Montag, obwohl die Schweiz bereit sei, weiterhin ihr Außerstes für den Wiederaufbau Europas beizutragen, sei es für sie wichtig, ihre volle Selbständigkeit besonders auf finanziellern Gebiet beizubehalten. Die Schweiz werde sich nicht an der Finanzierung des Wiederaufbaus beteiligen.

Anglo-ägyptische Streitfrage wird vor dem Weltsicherheitsrat diskutiert
New York, 13. Aug. (Dena-Reuter). Der ägyptische Premierminister Nokrasschy Pascha ging am 11. August bei der zweiten Debatte des Weltsicherheitsrates über die anglo-ägyptische Streitfrage auf die Ausführungen des bisherigen UN-Delegierten Sir Alexander Cadogan ein und erklärte in einer in äußerst scharfem Ton gehaltenen Rede, die Entwicklung Ägyptens würde ungenutzt ihren Fortgang genommen haben, wenn Großbritannien das Land nicht besetzt hätte. Die Unterstützung der Alliierten durch Ägypten und nicht der Vertrag von 1936 sowie die militärische Besetzung Ägyptens habe bei dem alliierten Sieg im Nahen Osten eine Rolle gespielt. Auf die Lage im Sudan eingehend, sagte Nokrasschy Pascha, daß das Gebiet in Wirklichkeit von London aus regiert und dort eine Verwaltung aufrechterhalten werde, die eine vollständige Militärautokratie sei. Ägypten betrachte die Beziehungen zwischen den beiden Völkern des Nils als eine innere Angelegenheit, die von den Ägyptern und den Sudanern geregelt werden solle.

Sir Alexander Cadogan bezeichnete die Erklärung Nokrasschy Paschas, Großbritannien habe Europa gegen die Unabhängigkeit

Europabericht am 1. September fertig
Unter Ausschüsse schlossen ihre Arbeit ab — Bedürfnisse Europas festgestellt
Paris, 13. Aug. (Dena-INS). Der Vorsitzende des Lenkungs Ausschusses der Pariser Konferenz, Sir Oliver Franks, gab am Dienstag bekannt, daß der Ausschuss die letzten Berichten der teilnehmenden Nationen aufgestellt habe und die Bedürfnisse und die zum Wiederaufbau Europas zur Verfügung stehenden Beiträge zur Übermittlung an die amerikanische Regierung am 1. September fertiggestellt sein werde.

Erneute Besprechungen über Marshall-Hilfe begonnen
Paris, 13. Aug. (Dena-INS). Die amerikanisch-seitig geführten Besprechungen über die wirtschaftlichen Bedürfnisse Europas im Zusammenhang mit dem Marshall-Plan und dem Frage, wie Europa den kommenden Winter ohne überdrückende Hilfe überstehen wird, wurden nach fünfjähriger Unterbrechung am Dienstag in Paris wieder aufgenommen.

Unterredung Trumans mit Marshall
Bad Nauheim, 13. Aug. (Dena). Präsident Harry S. Truman führte am Montag Besprechungen mit dem Berater seines Kabinetts über die Wirtschaftskrise Großbritanniens und die Schwierigkeiten in Europa. Er hatte eine halbstündige Unterredung mit Außenminister George C. Marshall und konferierte später mit dem amerikanischen Finanzminister John L. Snyder.



Die Ruhrkohle — der Schlüssel zur wirtschaftlichen Gesundung

Eisenbahner fordern Gleichstellung

Dieselben Rechte für Eisenbahnbetriebe und Bergwerke — Kohlenförderung wäre nutzlos ohne Eisenbahn — Vorwurf gegen Frohne
Berlin, 13. Aug. (Dena). Ein 50prozentiger Nationalsozialist wird der neu gewählte Direktor der Hauptverwaltung für Verkehr im Reichsministerium für Verkehr, Professor Dr.-Ing. Eduard Frohne, in einem Schreiben der Alldeutschen Gewerkschaft Hannover an den Hauptbetriebsrat der Eisenbahn in Bielefeld genannt. Frohne sei zwar nicht Mitglied der NSDAP gewesen, habe sich aber als „unerbittlicher Gegner“ der Eisenbahner bezeichnet. Er sei Führer bis hin zu Hitler persönlich erfreut.

Eisenbahner fordern Gleichstellung
Stuttgart, 13. Aug. (Dena). Die Gleichstellung der Eisenbahn-Betriebe mit den Bergwerken wurde hier am Dienstag auf einer Zweizonen-Konferenz der Eisenbahner-Gewerkschaften der britischen und amerikanischen Zone von Prof. Dr.-Ing. Eduard Frohne, Vorsitzenden der Einheitsgewerkschaft der Eisenbahner in Württemberg-Baden mit der Begründung gefordert, daß eine hohe Kohlenförderung nichts nütze, wenn die Kohle nicht durch die Eisenbahn an ihren Bestimmungsort gebracht werden könne.

Zu der Personalpolitik der Eisenbahn stellte Hatje fest, daß bei den derzeitigen „Hungerlöhnen“ neue Arbeitskräfte nicht zu erhalten seien.

Zum Schluß der Konferenz wurde ein

stimmige eine Entschließung angenommen, in der unter Bezug auf die Note der Eisenbahn betont wird, daß die Eisenbahner im Vertrauen auf Verständnis für ihre Lage die letzten Stellen ihres letzten Reserven verbraucht hätten. Sie seien jetzt am Ende ihrer Kraft und Geduld. Ohne die baldige Abhilfe könne eine Garantie für das weitere Funktionieren des Verkehrs nicht übernommen werden.

Reparaturprogramm der Eisenbahn
Bielefeld, 13. Aug. (Dena-DFD). Das „Notprogramm 30 000“ der deutschen Eisenbahn in der britischen und amerikanischen Zone sieht die Reparatur von insgesamt 30 000 Güterwagen und 200 Lokomotiven bis zum Herbst 1947 vor, wobei allerdings der ursprünglich auf den 31. August festgesetzte Termin nach Mitteilung der Hauptverwaltung der Eisenbahnen (HVE) nicht eingehalten werden kann.

Durch eine Neuregelung der Materialverteilung sollen jetzt mehr Ausbesserungswerkstätten und Privatfirmen als bisher mit alten Beständen der Reichsbahn versorgt werden, um die von der HVE angeordneten Reparaturen so schnell wie möglich durchführen zu können.

Im Telegrammstil
New York. Die Bemühungen zur Erzielung eines Kompromiß-Übereinkommens über das zukünftige Schicksal der Balkanfrage sind, wie der Vorsitzende des Ausschusses, der sich mit der Findung eines zentralen Übereinkommens befaßt, dem Sicherheitsrat am Dienstag mitteilte, vollkommen gescheitert (Dena-Reuter).

Lake Success. Die Arbeit der UN wurde durch die politischen Auseinandersetzungen zwischen den Großmächten stark behindert, heißt es in dem ersten Jahresbericht des Generalsekretärs Trygve Lie (AP).

Lake Success. Der stellv. amerikanische Außenminister William Thorpe regte im Wirtschafts- und Sozialrat der UN an, auf Grund des Vorschlages zur Errichtung einer internationalen Kontrolle über die Ölreserven im Mittleren Osten nimmere Schritte zu unternehmen. Diese Frage solle von der internationalen Handelskonferenz behandelt werden. (AP).

Lake Success. Sir Alexander Cadogan überreichte dem russischen Delegierten, Andrei Gromyko, die bereits angekündigten elf Fragen der britischen Regierung über den sowjetischen Standpunkt zur Frage der Atomkontrolle. In einem beigefügten Brief drückte Sir Alexander aus, England habe nicht den Eindruck, daß die bisherigen russischen Vorschläge zur Atomkontrolle den Mindestanforderungen eines wirksamen internationalen Programms genügen (AP).

London. Der Abschluß eines britisch-amerikanischen Abkommens über ein kurzfristiges Zahlungsprotokoll für Österreich wurde am Montag in einem britischen Weißbuch bekanntgegeben (AP).

London. Die amerikanischen Pläne zur Unterstützung Chinas sehen u. a. die Schaffung chinesischer Truppen durch japanische Offiziere und die Errichtung neuer amerikanischer Stützpunkte in China vor (AP).

Paris. Durch das am Montag abgegebene Vertrauensvotum für die Regierung Ramadier wurde der Gesetzesentwurf über die Durchführung der nächsten Gemeindefwahlen gebilligt (Dena).

Wien. Der amerikanische Vertreter in der Vermittlungskommission für den österreichischen Südtirol erhielt am 12. d. Mts. schärfsten Protest gegen die Beschlagnahme der größten österreichischen Ölraffinerie und erklärte, die sowjetische Maß-

nahmen seien ein Verstoß gegen die UN-Charta und die Erklärung der vier Großen über die Wahrung der territorialen Integrität Österreichs.

Die amerikanische Regierung hat sich gegen die Beschlagnahme der Ölfabrik in Wien ausgesprochen. Sie ist eine Verletzung der UN-Charta und der Erklärung der vier Großen über die Wahrung der territorialen Integrität Österreichs.

